

Der Chavismus

Ein antikapitalistisches Märchen



Anfang des 20. Jahrhunderts wurde in Venezuela Öl gefunden. Diese Entwicklung beeinflusst das Leben der meisten Venezolaner*innen bis heute – negativ. Am 3. Januar 2026 hat die US-Armee mit ihrem Militärschlag in Caracas die venezolanische Ölindustrie vollständig in die Hände des internationalen Kapitals zurückgebombt.

aktuelles



Bereits 1926 exportierte das traditionelle Agrarland mehr Öl als Kaffee. Es kam zu einer schnellen und massiven Landflucht, mit dem Ergebnis, dass die landwirtschaftliche Produktion drastisch sank und die entsprechenden Fertigkeiten und kulturellen Bindungen verloren gingen. Eine nationale, kapitalistische industrielle Entwicklung in größerem Umfang hat es nicht gegeben, da weder die einheimische (Kompradoren-)Bourgeoisie noch das englische und US-amerikanische Ölkapital Interesse daran hatte. Venezuela konnte gerade wegen seiner riesigen Ölvorräte in einen halbkolonialen Status gedrängt werden. Vor allem Ölunternehmen aus Großbritannien und den USA fuhren dort jahrzehntelang Rekordprofite ein. Die strategische Bedeutung des Landes zeigte sich in seiner Funktion als „Tankstelle“ der US-Armee während des Zweiten Weltkrieges. Dieser Zustand wurde mit der Präsidentschaft von Chávez ab 1999 infrage gestellt.

Das chavistische Projekt

Von der Ära des Chavismus hat vor allem das Importkapital profitiert, weil der venezolanische Staat ihm Devisen zu einem sehr niedrigen Tauschkurs verkaufte. So erhielten die wichtigsten Autokonzerne zwischen 2004 und 2012 ca. 15 Milliarden Dollar mehr oder weniger geschenkt. Allein zwischen 2003 und 2013 verschwanden 270 Milliarden Dollar durch Kapitalflucht, vor allem aus dem Importbereich. Die Sozialpolitik des Chavismus hat über die misiones (Sozialprogramme) zwar auch die in Armut lebenden Massen erreicht und zwischen 2002 und 2007 für einige Verbesserungen ihrer materiellen Lebensbedingungen gesorgt. Mit dem Kriseneinbruch 2008 und vor allem mit

von Nina Hagen

den sinkenden Ölpreisen ab 2013 trug die grundsätzliche Kapitalfreundlichkeit der Regierung jedoch zu einer erneuten, langsamen, aber stetigen Verarmung der Massen bei. An eine ernstzunehmende Umverteilung hat sich der Chavismus nicht herangetraut. Direkte Steuern wurden kaum erhoben, aber die Mehrwertsteuer erhöht. Typisch für den Chavismus war der Mechanismus, die Massen immer wieder kurzfristig mit Sozialprogrammen aus einem kleinen Teil der Erträge des Ölexportes einzubinden und damit seine politische Macht zu erhalten. Die Vorstellung, die fast vollständige Abhängigkeit des Landes (und damit auch des chavistischen Projekts) von den Ölexporten durch zahlreiche Kooperativen auf dem Land und durch die Ankurbelung der Produktion in einigen Industrien abzumildern, ging weitgehend ins Leere. Die Anzahl der Kooperativen explodierte zwar mit der großzügigen Anschubfinanzierung, aber es handelte sich meistens um Kleinunternehmen unter dem traditionellen Logo der Kooperativen, den drei Pinien. Die Probleme einer typischen Ölrentenökonomie sollten in Venezuela durch die ständige Propagierung rätedemokratischer Strukturen auf allen Ebenen überwunden werden. Die chavistische Variante der Rätedemokratie wurde von oben kontrolliert und finanziert. Der Tod des genialen Kommunikators Chávez fiel 2013 mit dem langsamen Verfall des Ölpreises zusammen.

Ab 2016 konnte sich die Maduro-Regierung nur noch durch paternalistische Armenspeisungen, Millionengeschenke an den weitverzweigten Führungskader von Militär und Partei sowie mit Repression gegen offene und organisierte Kritik, vor allem aus den eigenen Reihen, an der Macht halten. Spätestens ab 2018 tat die Maduro-Regierung zu ihrem Machterhalt fast alles, was im Handbuch des Neoliberalismus zu finden ist. Die Zentralbank verkaufte an

Erdöl in Venezuela - Durchsetzung der Interessen des internationalen Ölkapitals

Die internationalen Ölkonzerne konnten bis 1999 grundsätzlich ohne größere Einschränkungen seitens des venezolanischen Staates agieren. Ab 1908 waren die Flächensteuer und die Lizenzgebühren märchenhaft niedrig. Ein neues Ölgesetz wurde 1922 direkt von den US-Unternehmen diktiert. Der Kapitalexport in die USA explodierte regelrecht: von 3 Millionen im Jahr 1912 auf 247 Millionen im Jahr 1938 bzw. von 41 Millionen im Jahr 1912 auf 125 Millionen im Jahr 1938 (nach Großbritannien/in die Niederlande). Zwar wurden 1943 die Lizenzgebühren auf mindestens 16,66 Prozent erhöht, gleichzeitig wurden jedoch alle Konzessionen um 40 Jahre verlängert.

Während der Militärdiktatur von Jiménez (1948-1958) wurde die Ölfördermenge verdoppelt, neue Konzessionen wurden vergeben und Steuererhöhungen verboten. Die Profitraten der Ölkonzerne in Venezuela lagen zwischen 1955 und 1962 bei sagenhaften 38,4 Prozent und zwischen 1960 und 1968 bei bis zu 46 Prozent. Bis 1971 hatte der US-Imperialismus die venezolanische Ökonomie fast komplett durchdrungen: 23 Prozent der Direktinvestitionen der USA in ganz Lateinamerika gingen allein nach Venezuela.

1976 wurde die Firma PDVSA als Staatskonzern gegründet. Für die US-Ölkonzerne im Land kam es dabei zu keinen größeren Verlusten. Bis 1999 wurden die Interessen des US-Ölkapitals mehr oder weniger offen und umfassend durchgesetzt.

Nach einem 2002 gescheiterten Putsch gegen den 1999 gewählten Chávez versuchte die venezolanische Bourgeoisie, die ihr missliebige Regierung durch einen „Streik“ im Ölsektor zu beseitigen. Auch dieser Versuch misslang: 17 000 mittlere und höhere PDVSA-Kader wurden entlassen, sodass es anschließend an Personal zur Aufrechterhaltung der Produktion fehlte.

2007 verfügte die venezolanische Regierung, dass Ölförderprojekte mit ausländischem Kapital auf das Modell gemischtwirtschaftlicher Unternehmen umgestellt werden mussten, wobei die staatliche PDVSA die Mehrheit der Anteile (mindestens 60 Prozent) und die operative Kontrolle behalten sollte.

Während Chevron (bis heute) im Land blieb und Gewinne machte, lehnten ExxonMobil und ConocoPhillips

die neuen Bedingungen ab. Der Staat übernahm die Kontrolle über ihre Vermögenswerte, was beide Unternehmen als Enteignung betrachteten. Das eingeschaltete Internationale Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID) verurteilte Venezuela dazu, Entschädigungen in Höhe von 1,6 Milliarden US-Dollar an ExxonMobil und rund 8,7 Milliarden US-Dollar an ConocoPhillips zu zahlen. Venezuela hat die

se Schulden teilweise anerkannt und einige Zahlungen geleistet.

Wenn die US-Regierung jetzt davon spricht, dass Venezuela den USA „ihr Erdöl“ gestohlen habe, dann bezieht sie sich auf diese „Schulden“ bei ExxonMobil und ConocoPhillips sowie auf die Veränderungen der Förderbedingungen zuungunsten der Konzerne. Die irrsinnigen Profite der letzten 100 Jahre spielen in dieser Rechnung selbstverständlich keine Rolle, und die Förderbedingungen favorisierten nach 2013 immer mehr das ausländische Kapital.

Heute arbeitet maximal ein Prozent der Bevölkerung im Ölsektor und schafft als verschwindende Minderheit den überwiegenden Reichtum des Landes.

Die venezolanische Ölproduktion ist von ca. 3,5 Millionen bpd 1997 auf vorübergehend 0,4 Millionen bpd im Jahr 2020 gesunken und liegt aktuell bei knapp einer Million bpd. Ein Fall „sozialistischer Misswirtschaft“?

Die Erklärung ist komplizierter. Nach dem „paro petrolero“ 2002 und Massenentlassungen bei PDVSA fehlten jede Menge Fachkräfte. Der Devisenmangel führte zum Ersatzteilmangel, der sich durch die 2015 unter Obama begonnene Sanktionspolitik der USA massiv verschärfte. Die nötigen Investitionen in Förderanlagen und Raffinerien blieben teilweise aus.

Die seit seiner Gründung grassierende Korruption im Moloch PDVSA wurde von genügend Chavisten weiterbetrieben. Milliarden, die für Investitionen gedacht waren, verschwanden auf Konten im Ausland.

Die Chefetage der PDVSA wurde alle zwei Jahre umstrukturiert bzw. entlassen. Eine Debatte über die vorhandenen Verbesserungsvorschläge zur Produktionssteigerung von Arbeitern blieb aus. ■



Goldman Sachs Anleihen des staatlichen Ölkonzerns PDVSA in Höhe von 2,8 Milliarden Dollar, um 900 Millionen Dollar für unmittelbar fällige internationale Kredite zu bekommen. In einer riesigen Sonderwirtschaftszone wurden unter Militärkontrolle Gold, Diamanten und Coltan abgebaut und als Alternative zur einseitigen Abhängigkeit vom Öl verkauft. PDVSA ersparte Chevron in einem Joint-Venture-Vertrag die Öl-Lizenzgebühren und zum Gelingen dieses Geschäfts wurden obendrein die venezolanischen Arbeitsgesetze weitgehend außer Kraft gesetzt. Die Dollarisierung der venezolanischen Wirtschaft führte ab 2021 nach einer quälenden Phase der Hyperinflation zu einem umfassenden Warenangebot auf den Märkten und nur die Überweisungen der inzwischen fünf Millionen Migrant*innen sichern vielen Familien bis heute das Überleben.

Das Scheitern des chavistischen Projekts, das in ganz Lateinamerika große Hoffnungen ausgelöst hatte, liegt nicht nur am stummen Zwang des Erdölweltmarktes und in der Verantwortung der korrupten politischen Kader des Landes. Länder wie Venezuela haben überhaupt nur dann eine Chance, aus der Falle ihrer Rentenökonomie herauszukommen, wenn es in den kapitalistischen Kernländern zu ernsthaften sozialen Umwälzungen kommt.

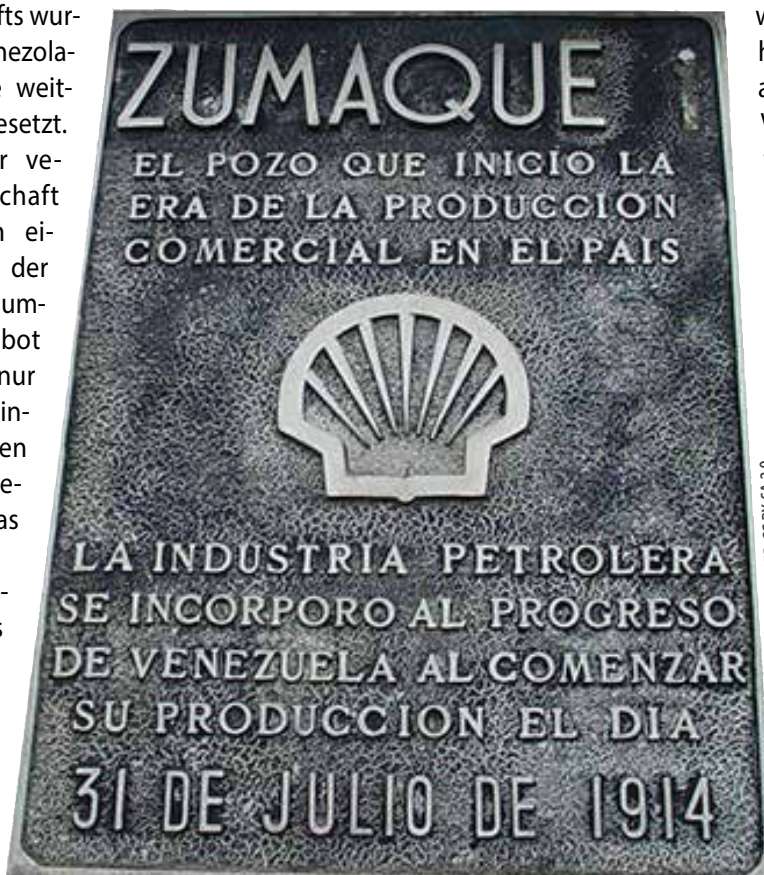
China

Eine der Begründungen der US-Regierung für den Kampf gegen „den Kommunismus“ in Venezuela sind die zu engen Beziehungen des Landes zu „Feinden der USA“ wie China. China ist inzwischen tatsächlich der einzige relevante Faktor gegen den aktuellen Durchmarsch US-freundlicher Regierungen in Lateinamerika. In Chancay, 100 km nördlich von Lima, betreibt das chinesische Staatsunternehmen COSCO einen großen Tiefseehafen. Von dort dauert die Schiffsfahrt nach China 23 Tage; vorher waren es 40. In Panama wollten die USA China aus den beiden Häfen am jeweiligen Ende des Kanals (Colón und Balboa) wieder verdrängen. Inzwischen streiten Black Rock/MS&C und

COSCO um die Anteile. Panama hat auf Druck der USA die Seidenstraßeninitiative wieder verlassen.

China importierte bis November 2025 ca. 80 Prozent der täglichen 950 000 Barrel der venezolanischen Ölproduktion, das entspricht ca. 4 Prozent des gesamten chinesischen Ölimports. Es gibt keine Informationen über die Preise, zu denen China in den letzten zehn Jahren venezolanisches Öl kauft beziehungsweise zu denen die „ungeheure Warensammlung“, die auf Kredit aus China nach Venezuela geliefert wurde, verrechnet wird. Sogar eine Fabrik zum Zusammenbau von Yutong-Bussen wurde 2015 in Yaracuy errichtet. Ein großer Teil der importierten beziehungsweise im Land zusammengeschraubten Yutong-Busse rostet inzwischen auf Deponien vor sich hin, da es keine Ersatzteile und keine Mechaniker*innen gibt.

Wenn die US-Regierung ab 2026 ihren umfassenden Anspruch auf das venezolanische Öl durchsetzen kann, wird das mit den chinesischen Ansprüchen auf Abzahlung der Kredite durch (verbilligte) Öllieferungen aus Venezuela zusammenstoßen. Ein wichtiges Ziel der US-Operation: China soll geschwächt werden.



Öllieferungen aus Venezuela zusammenstoßen. Ein wichtiges Ziel der US-Operation: China soll geschwächt werden.

Ruhe und Ordnung im Land

Trumps Ankündigung, die USA würden nach dem Überfall Anfang Januar das Land bis zu einem „geordneten Übergang“ regieren, stützt sich auf die realistische Drohung, sie könnten immer und überall effektiv und tödlich zuschlagen. Gleichzeitig sind die Partei-, Staats- und Militärstrukturen in Venezuela intakt. Einige Regierungsfunktionäre, darunter die Bürgermeisterin von Caracas und der Innenminister, verbreiteten Durchhalteparolen und organisierten kleine öffentliche Versammlungen. Spontane Massenkundgebungen wie nach dem Putschversuch gegen Chávez 2002 gab es nirgends. Die PSUV organisierte stattdessen mehrmals Demonstrationen in Caracas, damit die chavistische Basis Dampf ablassen kann. Viele Menschen sind massiv verunsichert und haben Angst vor weiteren Bombardierungen. Bereits am 3. Januar stiegen die Preise noch stärker

als üblich. Manche großen Supermärkte öffneten aus Angst vor Plünderungen nicht. Das Kooperativennetzwerk Cecosesola hielt seine großen Märkte offen und schuf so auch die Möglichkeit zur Diskussion über die Lage. Mehrere Botschaften in Venezuela organisierten kurz nach der Einsetzung der neuen Präsidentin Besuchstermine für Vertreter*innen von Ölkonzernen aus den USA und Europa. Die spanische Repsol und andere europäische Ölkonzerne stehen in engem Kontakt mit der US-Regierung. Verhandelt werden die Gewinnaussichten, unter denen die Firmen zu den notwendigen Investitionen in den venezolanischen Ölsektor bereit wären, eine ähnliche Situation wie in den 1970er-Jahren, als Länder wie Nicaragua oder Honduras direkt aus der US-Botschaft regiert wurden.

Die alten und neuen Verwalter*innen des Chavismus, die Spitzen von Staat, Partei und Militär, haben die Aufgabe, für Ruhe und Ordnung im Land zu sorgen. Darin sind sie sich mit der US-Regierung einig. Und weil sie das so gut beherrschen, hat die US-Regierung die Präsidentschaft an Delcy Rodríguez vergeben, womit gleichzeitig die vorherige Präsidentschaft von Maduro faktisch anerkannt wurde. Mit González, dem penetrant zum Sieger der Präsidentschaftswahlen vom Sommer 2024 ausgerufenen Kandidaten der Opposition, hätte es nur Chaos gegeben. Für „Ruhe und Ordnung“ im Land zu sorgen, war auch schon in den letzten Jahren die selbstgewählte Aufgabe des Chavismus. Das ist jetzt umso wichtiger, da die chavistische Führung nur so ihr Überleben sichern kann. „Ruhe und Ordnung“ heißt: Nichts Organisiertes soll passieren, das nicht von oben abgesegnet ist. Individuelles Meckern, auch lautstark auf der Straße, im Taxi oder im Supermarkt, gab es immer, schließlich sind wir in der Karibik. Wer aber organisiert gegen die Regeln verstößt, bekommt Probleme unterschiedlicher Art: Drohungen, Prügel, kurze oder längere Inhaftierung oder vorübergehendes Verschwinden. Inzwischen gibt es erste Berichte aus Betrieben, in denen die chavistische Basis die (alten) Parolen des Chavismus (Selbstbestimmungsrecht, das Öl gehört dem Volk usw.) ernst nimmt und auf Versammlungen beraten will, was nun zu tun sei. Bei Bauxilum, einer Firma des staatlichen Schwerindustriekonsortiums Corporación Venezolana de Guayana, haben das Industrieministerium und die CVG-Geschäftsführung den diskutierenden Arbeitern die Polizei auf den Hals gehetzt und sämtliche politischen Aktivitäten innerhalb der Fabrik verboten.

Die Partei gibt weiter ihre antiimperialistischen Parolen aus, während sie mit den Vertreter*innen der USA „verhandelt“. Auch CIA-Chef Ratcliffe war schon vor Ort und hat der Maduro-Nachfolgerin Anweisungen gegeben. Ganz großes Kino war am 17. Januar im venezolanischen Parlament zu sehen. Da verkaufte Delcy Rodríguez den neuen Kolonialstatus ihres Landes als weitere Segnung für das venezolanische Volk. Die neue Geschäftspartnerin, die Trump-Regierung, habe in den letz-

ten Tagen Öl aus Venezuela im Wert von 500 Millionen Dollar verkauft. Insgesamt will sich die US-Regierung 50 Millionen Fass Öl aus Venezuela aneignen, was ungefähr 2,5 Milliarden Dollar entspricht. Laut Rodríguez werde ein Teil der 500 Millionen Dollar, nämlich 300 Millionen, in zwei venezolanische „souveräne“ Fonds eingezahlt, einer für „soziale Sicherheit“ (Krankenhäuser, Schulen, Ernährung, Wohnungsbau), der andere für „Infrastruktur und öffentliche Dienste“ (Trinkwasser, Elektrizität und Straßenbau). Was Rodríguez nicht sagt: Die Geschäftspartnerin entscheidet allein, wie viel Geld fließt. Das Ganze liest sich wie ein Programm aus der „Allianz für den Fortschritt“ aus den 1960er-Jahren, mit dem entscheidenden Unterschied, dass das Geld aus Venezuela und nicht aus den USA stammt. Inzwischen hat sich herausgestellt, dass die 300 Millionen zu gleichen Teilen an vier Firmen gehen sollen, die dann unter anderem ins Importgeschäft einsteigen sollen (Lebensmittel, Medikamente usw.).

Der Chavismus marschiert unbeirrt voran. Das Ölgesetz wird geändert, damit ausländische Investitionen ungehindert ins Land kommen und damit neue Ölfelder erschlossen werden können. Mit dem Staatsbetrieb PDVSA müssen die Investoren nicht mehr zusammenarbeiten. Vorbild ist der Vertrag „Produktiver Partizipation“, der Chevron 2025 eine Investition von 900 Millionen Dollar „erlaubt“ hat. Die langfristig nötigen Investitionen in die venezolanische Ölindustrie belaufen sich auf 100 Milliarden Dollar. Dafür wollen Chevron, Conoco-Phillips, Exxon-Mobile, ENI und Repsol ein paar Sicherheiten in Gesetzesform sehen. Vielleicht dürfen sie diese ja selbst schreiben, wie schon in den 1920er-Jahren.

Selbstverständlich wird es auch Leute geben, die von dieser neuen/alten Lage profitieren, nicht nur in den aktuellen Führungsetagen, sondern auch weiter unten. Es werden relativ gut und in Devisen bezahlte Jobs entstehen, um die neuen Ölfelder ans Laufen zu bringen. Die Reparatur des maroden Elektrizitätssystems ist eine der Grundvoraussetzungen für Investitionen in größerem Umfang.

Seit Mitte Januar werden in öffentlichen Reden der chavistischen Führung die folgenden Begriffe immer wieder benutzt und positiv besetzt: „nueva realidad“ und „cooperación energética“. Gleichzeitig macht die Präsidentin mit einem Aufruf zur „Einheit“ klar, dass weiterhin die vom Innenminister Cabello ausgegebene Parole gilt: „Dudar es traicionar“ (Wer zweifelt, begeht Verrat). Eine deutliche Ansage auch an die wenigen linken Kräfte, die sich jetzt außerhalb des Chavismo organisieren wollen.

Der kubanische Bündnispartner traut dem Chavismo nicht mehr über den Weg. Die 32 Kubaner, die bei der Verteidigung Maduros durch die US-Truppen ermordet wurden, wiegen schwer. Kuba hat damit begonnen, sein Personal aus Venezuela zu evakuieren. 2500 Personen wurden bereits mit einer Ilyushin ausgeflogen, was 10 Prozent der Gesamtzahl der Kubaner*innen in Venezuela entspricht. ■